

50. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND - Utopien schaffen? Mit links!

TO-006: Tagesordnung

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
21.04.2018)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 60:

TOP 6 ~~Visionen~~

~~TOP 7 Finanzen~~

~~TOP 8 Kampagne 2018~~

~~TOP 9 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND~~

~~TOP 10 Wahl der Arbeitsgruppe Perspektiven~~ Perspektiven für die GRÜNE JUGEND

TOP 7 Wahl der Arbeitsgruppe Perspektiven

TOP 8 Finanzen

TOP 9 Kampagne 2018

TOP 10 Visionen

Begründung

Ein Teil der Angemeldeten hat angegeben leider nur bis Sonntag bleiben zu können. Uns ist wichtig, dass der Perspektivenprozess von so vielen Leuten wie möglich diskutiert werden kann, deshalb sollen der Tagesordnungspunkt Perspektiven für die GRÜNE JUGEND und die Wahl der AG Perspektiven auf den Samstag vorgezogen und damit mit dem Tagesordnungspunkt Visionen getauscht werden.

TO-012: Tagesordnung

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
07.04.2018)

Antragstext

In Zeile 62 einfügen:

TOP 99 Nachwahl der Fachforen-Koordinator*innen
[TOP 100 Wahl der BAG-Delegierten](#)

Begründung

Leider wurde die Einfügung des Tagesordnungspunkts übersehen. Die Wahl wurde selbstverständlich ordnungsgemäß ausgeschrieben, die zu wählenden Ämter in der Einladung bekannt gegeben. Im Sinne der Verfahrensklarheit soll die Wahl der BAG-Delegierten (Delegierte zu den Grünen Bundesarbeitsgemeinschaften), die auf den Treffen der Fachforen stattfindet, natürlich dennoch auch in der Tagesordnung ergänzt werden.

V2-1676: Wir sind Bio und Fair

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 2290 löschen:

JUGEND für die Verpflegung der Teilnehmenden möglichst ~~nur noch~~ auf Bio- und

Begründung

Wir relativieren es doch in den weiteren Sätzen eh schon

V4-1729: Freiwillige Ausreiseberatung stoppen!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
24.04.2018)

Antragstext

In Zeile 1594 löschen:

Traumatisierte Geflüchtete (~~aus Syrien und Afghanistan~~) werden massiv unter

Begründung

Die Formulierung erweckt den Eindruck als seien nur Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan traumatisiert, das ist nicht der Fall, deshalb würden wir diese Formulierung hier gerne streichen.

V7-1837: Pränante Anträge die Spaß machen zu lesen? - Mit Links!

Antragsteller*innen: René Adiyaman

Titel

Ändern in:

Antragsdebatten, die Spaß machen

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND soll in Zukunft Workshops zum Thema "Wie schreibe ich einen guten Antrag?" anbieten. Diese soll der Bundesvorstand konzeptionell vorbereiten und auf Bundesversammlungen durchführen. Damit Ortsgruppen und Landesverbände diese Workshops bei Bedarf eigenständig durchführen können, soll das Konzept auch online gestellt werden.

Begründung

Wir sollten nicht über Anträge Mitglieder dazu bewegen, kurze Anträge zu schreiben, das schüchtert ein, Anträge zu schreiben und ist nur allgemeiner Lesefeindlichkeit zuträglich.

V7-1839: Pränante Anträge die Spaß machen zu lesen? - Mit Links!

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

Von Zeile 2095 bis 2096 einfügen:

und unter anderem auf Bundesversammlungen durchführen. Damit Ortsgruppen und Landesverbände diese Workshops bei Bedarf eigenständig durchführen können, soll das Konzept als Basisantrag

V7-1841: Prägnante Anträge die Spaß machen zu lesen? - Mit Links!

Antragsteller*innen: René Adiyaman

Antragstext

In Zeile 2097 einfügen:

auch online gestellt werden. Weiterhin soll durch Antrags-Lesekreise die Debattenkultur befördert und alle ermutigt werden, Anträge zu schreiben, debattieren und Änderungen vorzuschlagen.

Begründung

Niemand möchte Anträge debattieren, ohne sie gelesen zu haben, aber die Zeit dafür ist knapp und Anträge kürzen würde auch nicht viel bringen, da Ziel und Stoßrichtung dabei nicht immer erkennbar blieben. Daher sollten wir die Lese,- und Debatten,- sowie Antragsänderungsfreude stärken, soweit das geht, indem wir verschiedene Angebote dazu machen.

V7-1841-2: Prägante Anträge die Spaß machen zu lesen? - Mit Links!

Antragsteller*innen: René Adiyaman

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND soll in Zukunft Workshops zum Thema "Wie schreibe ich einen guten Antrag?" anbieten. Diese soll der Bundesvorstand konzeptionell vorbereiten und auf Bundesversammlungen durchführen. Damit Ortsgruppen und Landesverbände diese Workshops bei Bedarf eigenständig durchführen können, soll das Konzept auch online gestellt werden. Weiterhin sollen vermehrt Antraglesekreise angeboten werden, damit möglichst viele Menschen eine gute Partizipationschance in der Antragsdebatte und dem jeweiligen Änderungsprozess haben.

Begründung

Die Folge davon, dass lange Antragstexte einen potentiell erschlagen, kann nicht sein, andere zu ermutigen, sie mögen ihre Text kürzen. Stattdessen sollten wir die Freude am lesen und Ändern von Anträgen stärken und uns dafür Möglichkeiten überlegen. Niemand möchte Antragsdebatten, in denen 70% aller Anwesenden nicht den Antrag gelesen haben, aber es nützt auch nichts, wenn zwar alle den Antrag lesen, aber nicht genau daraus hervorgeht, was detailliert gemeint ist, insbesondere bei komplexeren Themen.

V8-867: Palmöl? Ohne uns!

Antragsteller*innen: Tascha Benayas Delgado, Lukas Benner,
Kay Wilhelm Mähler

Antragstext

Für den Abbau von konventionellem Palmöl werden vor allem in Indonesien und Malaysia große Flächen Regenwälder abgeholzt, um Platz für Plantagen zu schaffen. Es wird geschätzt, dass in Asien nur noch etwa 30% der ursprünglichen Regenwaldflächen übrig geblieben sind. Dies schafft nicht nur Monokulturen, die die Artenvielfalt in den betroffenen Gebieten gefährden, sondern zerstört auch den Lebensraum vieler Tierarten komplett, unter anderem den vom Aussterben bedrohten Orang-Utans, Tigern und Waldnashörner. Weiterhin werden für die Bepflanzung mit Ölpalmen tausende Hektar Torfmoorböden trocken gelegt. Diese Torfmoorböden fungieren jedoch als riesige CO₂-Speicher, CO₂, welches bei der Trockenlegung freigesetzt wird. Es wird geschätzt, dass die Gewinnung von Palmöl in Indonesien für bis zu 86% von Indonesiens CO₂-Ausstoß verantwortlich ist. Auch für die in den betroffenen Regenwaldgebieten lebenden Menschen hat der konventionelle Anbau von Palmöl negative Konsequenzen, da sie zum Teil vertrieben werden, oder auf Grund des schwindenden Regenwaldes ihre Lebensgrundlage verlieren, um Platz für Palmölplantagen zu schaffen. Außerdem vergiftet der Einsatz starker Pestizide vor Ort das Grundwasser und damit auch die dort lebende Bevölkerung. Deutschland importiert fast eine Millionen Tonnen Palmöl pro Jahr, wir wollen jedoch kein Teil dieser lebensvernichtenden Industrie sein.

Daher verzichtet die GRÜNE JUGEND auf allen Veranstaltung nach Möglichkeit auf palmöhlhaltige Produkte. Für den Fall, dass dies nicht möglich ist, sollen ausschließlich Produkte mit Palmöl aus nachweislich nachhaltigen Quellen konsumiert werden. Auch Produkte mit dem Gütesiegel des RSPO sollen nach Möglichkeit vermieden werden, da es kein ausreichender Nachweis von nachhaltiger Herstellung sondern vielmehr ein Greenwashing-Projekt ist.

V8-1843: Palmöl? Ohne uns!

Antragsteller*innen: Nelson F. Viola

Antragstext

In Zeile 2457 einfügen:

der Grünen Jugend auf palmölhaltige und palmfetthaltige

V13-1763: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Zoey Gerrit Prigge

Antragstext

Von Zeile 2578 bis 2629:

~~2018 wird vermutlich ein Jahr, in dem Themen der Überschneidung des binären Geschlechtermodells in der Politik vermehrt thematisiert werden. Das Transsexuellengesetz ist seit Jahren in seiner jetzigen Form mehr als reformbedürftig. Im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Die derzeitige Rechtslage, dass bei Neugeborenen, deren Geschlecht nicht eindeutig feststeht, das Geschlecht lediglich offen gelassen werden kann, ist grundrechtswidrig. Es muss ein positiver Geschlechtseintrag geschaffen werden oder die Erfassung der Geschlechtszugehörigkeit abgeschafft werden. Die Existenz eines Geschlechts außerhalb des Männlich-Weiblich-Binaries wurde somit anerkannt. Die Fragestellung, ob die Möglichkeit des Nichteintrags für inter* Menschen auch nach der Geburt besteht, wurde gerichtlich bereits zuvor bejaht. Auch gibt es eine obergerichtliche Entscheidung, dass diese Möglichkeit auch Trans* bereits offen steht.~~

Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

~~Im Rahmen der Medienöffentlichkeit rund um die Kampagne "Dritte Option" kam es jedoch immer wieder auch zu Beschwerden. Inter*-Verbände setzen sich seit Jahren vor allem ein, medizinisch nicht notwendige Genitaloperationen an Neugeborenen, Kindern und nicht-wissenden Jugendlichen zu beenden. Eine entsprechende Formulierung findet sich im aktuellen bundesdeutschen Koalitionsvertrag, dennoch gehen die Raten an solchen Operationen nicht zurück. Erhebungen darüber, wie viele Kinder nach der Geburt mit einem offenen Geschlechtseintrag erfasst wurden, haben ergeben, dass die Anzahl weitaus geringer ist als es statistisch Babys geben müsste, die in diese Gruppe fallen.~~

2018 wird vermutlich ein Jahr, in dem Themen der Überschneidung des binären Geschlechtermodells in der Politik vermehrt thematisiert werden. Das Transsexuellengesetz ist seit Jahren in seiner jetzigen Form mehr als reformbedürftig. Im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die derzeitige Rechtslage, dass bei Neugeborenen, deren Geschlecht nicht eindeutig feststeht, das Geschlecht lediglich offen gelassen werden kann, grundrechtswidrig ist. Es muss ein positiver Geschlechtseintrag geschaffen oder die Erfassung der Geschlechtszugehörigkeit abgeschafft werden. Die Existenz eines Geschlechts außerhalb des Männlich-Weiblich-Binaries wurde somit anerkannt. Die Fragestellung, ob die Möglichkeit des Nichteintrags

für inter* Menschen auch nach der Geburt besteht, wurde gerichtlich bereits zuvor bejaht. Auch gibt es eine obergerichtliche Entscheidung, dass diese Möglichkeit auch Trans* bereits offen steht.

~~Zu Recht wurde kritisiert, dass Trans* Menschen oftmals andere Interessen haben als intergeschlechtliche Menschen. Diese ausschließlich Inter* betreffende Problematik von Zwangsoperationen, oftmals auch als "Genitalverstümmelungen" bezeichnet, können Außenstehende nicht abschließend einschätzen. Es wird befürchtet, dass durch eine Verallgemeinerung der politischen Dimension von Intergeschlechtlichkeit auf die Einführung einer dritten Geschlechtsoption, Inter* unsichtbarer werden. Verbänden zufolge identifizieren sich viele inter* Menschen überdies mit ihrer sozialisierten Geschlechterrolle, wollen also für sich keine dritte Option, prangern allerdings gleichzeitig die an ihnen ausgeführten Operationen an.~~

Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

~~Trans* menschen finden sich in einer Situation, in der Sie an teils von ihnen gewünschte Operationen nur durch lange Genehmigungs- bzw. Begutachtungsverfahren kommen. Auch die Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem Transsexuellengesetz setzt ein solches auch nach neuester verfassungsgerichtlicher Gerichtssprechung immer noch voraus. Für nicht-binäre Trans* ist die rechtliche Situation noch ungewisser: Eine Streichung des Geschlechtseintrages ist zwar im Einzelfall möglich gewesen, jedoch ist die Anzahl an Musterprozessen gering. Eine Vornamensänderung, um zum Beispiel sowohl weibliche als auch männliche Vornamen tragen zu dürfen, in einem Falle höchststrichterlich abgelehnt.~~

Im Rahmen der Medienöffentlichkeit rund um die Kampagne "Dritte Option" kam es jedoch immer wieder auch zu Beschwerden. Während Inter* Verbände sich seit Jahren vor allem dafür einsetzen, medizinisch nicht notwendige Genitaloperationen an Neugeborenen, Kindern und nicht-wissenden Jugendlichen zu beenden, verbänden Schlagzeilen Intersexualität nun ausschließlich mit der rechtlichen Erfassung einer dritten Option. Zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen Beschäftigung mit Operationen an intergeschlechtlichen Kindern scheint die derzeitige Regelung zum Offenlassen des Geschlechtseintrags nicht geführt zu haben: Erhebungen darüber haben ergeben, dass die Anzahl weitaus geringer ist als es statistisch Babys geben müsste, die in diese Gruppe fallen.

~~Währenddessen die LGBTQIA+-Community bemüht ist, inklusiv zu sein, wünschen einige Trans* und Inter* jedoch nicht, als Teil dieser gesehen zu werden. Diskussionen, ob jemand Trans*-genug ist, lehnt die Grüne Jugend ab, denn dies kann nur die Person selbst entscheiden. Dass Leidensdruck durch jeden Menschen anders wahrgenommen wird, erkennen wir an. Dass mancher Mensch gerne als Transsexuell bezeichnet werden möchte und sich selbst in der binären Geschlechterkategorisierung wiederfindet, ist ebenfalls nicht verwerflich. Die (nicht-binäre) Trans* Identität anderer in Frage zu stellen, ist und bleibt Trans*phobie.~~

Es wird befürchtet, dass durch eine Verallgemeinerung der politischen Dimension von

Intergeschlechtlichkeit auf die Einführung einer dritten Geschlechtsoption, Inter* unsichtbarer werden. Verbänden zufolge identifizieren sich viele inter* Menschen überdies mit ihrer sozialisierten Geschlechterrolle, wollen also für sich keine dritte Option, prangern allerdings gleichzeitig die an ihnen ausgeführten Operationen an.

~~Weitergehend fordert die Grüne Jugend auf,~~ Besonders kritisiert wurden Verwechslungen von Intergeschlechtlichkeit mit Nicht-Binaeritaet. Um Fehldarstellungen zu vermeiden, ist es wichtig

Von Zeile 2636 bis 2637:

bezeichnen: Die ausschliesslich Inter* betreffende Problematik von geschlechtlichen Zwangsoperationen betrifft diesen Personenkreis nicht. Gerade Das Schnittmengenthema des Geschlechtseintrages bliebe somit als gemeinsames Thema derer, die sich als Inter* bezeichnen. Intergeschlechtlichkeit wird in diesem Falle als Buzzword – vermutlich ungewollt – appropriiert, also der Politik, Begriff missbraeuchlich verwendet. Dabei wird das eigene Interesse nach der Anerkennung eines zwischengeschlechtlichen Genders in den Vordergrund gerueckt; die eigentlich inter* spezifischen Menschenrechtsverletzungen geraten aus dem Fokus. Auch in der ~~Berichterstattung~~ Politik und in der Rechtsprechung ist ~~das~~ eine uninformierte Fehlverwendung von Begriffen leider bereits erfolgt.

Nach Zeile 2642 einfügen:

Trans* menschen finden sich in einer Situation, in der Sie an teils von ihnen gewünschte Operationen nur durch lange Genehmigungs- bzw. Begutachtungsverfahren k-ommen. Auch die Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem Transsexuellengesetz setzt ein solches auch nach neuester verfassungsgerichtlicher Gerichtssprechung immer noch voraus.

Geschlechervielfalt staerken

Aenderungen sind aber fuer alle Menschen, die sich nicht im Geschlechterbinary wieder finden noetig: Für nicht-binäre Trans* ist die rechtliche Situation extrem ungewiss - eine Streichung des Geschlechtseintrages ist zwar im Einzelfall möglich gewesen, jedoch ist die Anzahl an Musterprozessen gering. Eine Vornamensänderung, um zum Beispiel sowohl weibliche als auch männliche Vornamen tragen zu dürfen, in einem Falle höchstrichterlich abgelehnt.

Von Zeile 2645 bis 2646 löschen:

ein, dass jeder seine eigene Identität finden kann.-Wir ~~lehnen es ab, dass jemand als nicht-Trans* genug gelabelt wird. Und~~ setzen uns dafür ein, dass

Nach Zeile 2651 einfügen:

Ideel lehnen wir Fremdzubeweisungen von Geschlecht ab. Darunter faellt auch die Erfassung des Geschlechts nach der Geburt – waehrenddessen dies im Interesse von Cispersonen geschieht, fuegt dies Trans*personen teils erhebliches Leid zu. Langfristig arbeiten wir daher auf eine Gesellschaft hin, in der Gender als staatlich erfasstes Unterscheidungskriterium ueberfluessig ist und es jedem Individuum ermoeglicht wird, mit einem selbstgewaehltem Gender zu leben, ohne sich der Gewalt anderer aussetzen zu muessen.

Diskussionen, ob jemand Trans*-genug ist, lehnt die Grüne Jugend ab, denn dies kann nur die Person selbst entscheiden. Dass Leidensdruck durch jeden Menschen anders wahrgenommen wird, erkennen wir an. Dass mancher Mensch gerne als Transsexuell bezeichnet werden möchte und sich selbst in der binären Geschlechterkategorisierung wiederfindet – oder nicht als Teil der LGBTQ+-Community gesehen werden moechte, ist ebenfalls nicht verwerflich. Aus der Angst heraus, dass die eigene binaere Geschlechtsidentitaet nicht mehr als solche wargenommen wird, die (nicht-binäre) Trans* Identität anderer in Frage zu stellen, ist und bleibt Trans*phobie.

Nicht-binäre Identitäten anerkennen

In Zeile 2655 einfügen:

diskriminierende Bestätigungsverfahren wohnortnah

Von Zeile 2658 bis 2660:

dass diese offen geblieben ist, einzutragen. Dafuer fordern wir die Aufnahme der Geschlechtervielfalt in Aufklaerungsprogramme und Kernlehrplaene.

Falls die Bundesregierung sich fuer die Nichterfassung des Genders entscheidet, muss ebenso sichergestellt sein, dass nicht-binäre Menschen dadurch nicht erneut unsichtbar gemacht werden. Massnahmen zur Genderfoerderung sind dabei auf Selbstauskuenften zu basieren.

Wir fordern, dass Eltern bei der Registrierung eines Neugeborenen die Wahlmoeglichkeit haben, das Geschlecht ihres Kindes offen zu lassen. Auf diese Moeglichkeit ist hinzuweisen.

~~Das Namensrecht~~ Gleichfalls muss das Namensrecht modifiziert werden, sodass jeder Mensch einen Namen nutzen kann, der der eigenen Geschlechtsidentität entspricht. Die Gruene Jugend fordert diesbeueglic weiterhin, dass die Verbindug zwischen registriertem Geschlecht und Vornamen aufgegeben wird. Jeder Vorname soll jedem Menschen offenstehen – ausdruecklich auch eine Kombination aus Namen, die traditionell mit unterschiedlichen Geschlechtern assoziiert werden.



V13-1870: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 2642 einfügen:

aufzuwachsen.

Die Option, das Geschlecht zukünftig grundsätzlich nicht mehr zu erheben, sehen wir kritisch, da notwendige Gesetze, um etwa die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu erreichen, so nicht mehr möglich wären und zudem die notwendige Sichtbarkeit von Personen außerhalb der binären Geschlechterkategorien nur schwer zu erreichen wäre.

V13-1850: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Zoey Gerrit Prigge

Antragstext

In Zeile 2651 einfügen:

fühlen.

Ideell lehnen wir Fremdzweisungen von Geschlecht ab. Darunter faellt derzeit auch die Erfassung des Geschlechts nach der Geburt - waehrenddessen dies im Interesse von Cispersonen geschieht, fuegt diese Trans*personen teils erhebliches Leid zu. Langfristig arbeiten wir daher auf eine Gesellschaft hin, in der Gender als staatlich erfasstes Unterscheidungskriterium ueberfluessig ist und es jedem Individuum ermoeeglich wird, mit einem selbstgewaehltem Gender zu leben ohne sich der Gewalt anderer aussetzen zu muessen.

Begründung

Der Aenderungsantrag von Niki zur Abschaffung von Fremdzweisung des Geschlechtseintrages nach der Geburt erschien mir im Grunde sehr sinnvoll. Ich denke allerdings, dass zuvor ein gesellschaftlicher Wandel eintreten muss. Dennoch denke ich, ist es wichtig, dass die Gruene Jugend sich dazu positioniert.

V13-2068: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 2655 einfügen:

diskriminierende Bestätigungsverfahren, [wohnortnah](#)

Begründung

Das bisherige Verfahren nach TSG ist nur an ausgewählten Gerichten durchführbar, wir fordern das Verfahren in jeder Kommune ohne diskriminierende Gutachten stellen zu können.

V13-1886: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 2658 einfügen:

dass diese offen geblieben ist, einzutragen. Dafür fordern wir die Aufnahme der Geschlechtervielfalt in Aufklärungsprogramme und Kernlehrpläne.

V13-2071: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 2658 einfügen:

dass diese offen geblieben ist, einzutragen.

Bei Neugeborenen positionieren wir uns für ein grundsätzliches freilassen des Geschlechtseintrags, bis das Neugeborene selbst entscheiden kann, ob und wenn ja welchen Geschlechtseintrag es möchte. Dabei fordern wir, das Eltern, die ihre Kinder frei von Geschlechterrollen aufwachsen lassen möchten, unterstützt werden

Begründung

Geschlechtszuweisung ist Gewalt, diese zu unterlassen wird kein Kindeswohl gefährden.

V13-2073: Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 2660 einfügen:

kann, der der eigenen Geschlechtsidentität entspricht. Namen, welche mit keinem Geschlecht assoziiert sind, sollen für jede Person offen stehen. Die Vornamensänderung sollte für jede Person auch ohne Angabe von Gründen offen stehen, da es keine nachvollziehbaren Gründe für ein staatliches Interesse an einer Vornamenskontinuität mit der aktuell genutzten Technik mehr gibt, da Vor- Namensänderungen im Geburtenregister hinterlegt werden und somit kein Verstecken vor Ermittlungsbehörden durch Vornamensänderung mehr möglich ist.

Begründung

Die Namensänderung in unisex Namen wird häufig mit der Begründung der staatlichen Ordnungsfunktion von Namen abgelehnt, indem wir die Option zur Änderung in unisex-Namen für alle fordern, fordern wir auch die Abschaffung dieser Ordnungsfunktion.

V18-2097: Beschlüsse suchen und finden

Antragsteller*innen: Nelson F. Viola

Antragstext

Von Zeile 2187 bis 2188:

vergangenen ~~Bundeskongress besser auf der Homepage der GRÜNEN JUGEND zu finden sind. Außerdem sollten auch ältere Beschlüsse dort aufgelistet werden.~~Bundeskongresse ohne Schwierigkeiten auf der Homepage der GRÜNEN JUGEND zu finden sind.

V19-2262: Artenvielfalt statt kurzfristiges Profitstreben - für eine nachhaltige, ökologische Landnutzung!

Antragsteller*innen: Lea Fränze

Antragstext

In Zeile 2518:

2. Das Verbot von genetisch verändertem ~~Saatgut~~Saatgut; Ausnahmen zu Forschungszwecken sollen nach Prüfung und unter strengen Auflagen aber möglich sein

Begründung

Gentechnik bietet neben großen Risiken auch riesige Chancen. Sie gehört allerdings nicht auf den Acker, sondern vorerst ins Labor. Dort sollte sie aber weiterhin möglich sein.

V21-2315: Fleischkonsum gesetzlich minimieren - Klimaschutz und Tierschutz voranbringen

Antragsteller*innen: Bundesvorstand, FaFo Ökologie
(beschlossen am: 24.04.2018)

Antragstext

Von Zeile 2937 bis 2948:

~~Die Grüne Jugend setzt sich für ein Gesetz ein, dass den Fleischverbrauch minimiert durch Höchstgrenzen in Kilogramm auf Schlachtungen im Jahr für jede Tierart. Diese Höchstgrenzen werden jeweils für die Gesamtheit der kleinen Schlachthöfe nach Umsatz, für die Gesamtheit der mittelständischen Schlachthöfe nach Umsatz und für die Gesamtheit der großen Schlachthöfe nach Umsatz und mit Berücksichtigung bei der Festlegung der Höchstgrenzen auf die Haltung der Schlachttiere vor der Schlachtung (Massentierhaltung, Freilandhaltung usw.) festgelegt.~~

~~Diese Höchstgrenzen müssen insgesamt ergeben, dass mindestens 5 % weniger in Kilogramm von einer Tierart geschlachtet wird als wie im jeweiligen Jahr zuvor. Diese Höchstgrenzen gelten auch für importierte Fleischware.~~ Die GRÜNE JUGEND stellt sich mit Blick auf die Klimakatastrophe, die Umweltschäden und das Leid von Tieren der industriellen Fleischproduktion entgegen und fordert die Einführung von Höchstgrenzen für die Schlachtung von Tieren in kg/Jahr je Tierart. Ziel der Höchstgrenzen ist es, die Summe der Schlachtungen in Deutschland jährlich um 5 Prozent zu reduzieren. Diese Höchstgrenzen werden jeweils für die Gesamtheit der kleinen Schlachthöfe nach Umsatz, für die Gesamtheit der mittelständischen Schlachthöfe nach Umsatz und für die Gesamtheit der großen Schlachthöfe nach Umsatz und mit Berücksichtigung bei der Festlegung der Höchstgrenzen auf die Haltung der Schlachttiere vor der Schlachtung (Massentierhaltung, Freilandhaltung usw.) festgelegt.

Der Fleischverbrauch in Deutschland muss reduziert werden. Die Reduktion des Fleischverbrauchs ist dringend notwendig, um der Klimakrise entgegenzuwirken, da die industrielle Produktion von Fleisch, durch den Ausstoß von Treibhausgasen, das Klima stark belastet. Gerade in Deutschland muss der Fleischkonsum sinken, da der durchschnittliche Fleischverbrauch in Deutschland bei 60,3 Kilogramm pro Kopf, weltweit bei 42,9 Kilogramm pro Kopf und in Ländern des globalen Südens bei 33,7 Kilogramm im Jahr 2013 lag. Zudem ist es nicht möglich, die große Zahl an Schlachttieren (753 Millionen Tiere wurden in Deutschland 2016 geschlachtet) in Deutschland in dieser Größenordnung artgerecht zu halten. Um für eine artgerechte Haltung von allen Nutztieren zu sorgen, muss der Fleischverbrauch drastisch sinken. Ein jährlicher Rückgang von 5 %, der sich auf das tägliche Angebot an den Fleischtheken auswirkt, ist ein erster Schritt hin zur Reduktion der Fleischproduktion. In den letzten Jahren gab es unter Schlachtzahlen von Tieren einen minimalen Rückgang. Auch wenn der Fleischkonsum in Deutschland langsam zurück geht, ist die Fleischproduktion in

manchen Bereichen sogar gestiegen, da viele Fleischprodukte ins Ausland exportiert werden. Einen signifikanten Rückgang in der dringend nötigen Größenordnung, der vom Markt und den Verbraucher*innen ohne gesetzliche Vorgaben geschieht, wird es nicht geben. Mit der derzeitigen Fleischproduktion ist es nicht möglich, die Klimaziele einzuhalten. Die bloße Reduktion der Fleischproduktion stellt allerdings auch keinen Tierwohl-Automatismus dar, durch den eine artgerechte Tierhaltung gewährleistet wird. Die GRÜNE JUGEND beharrt auf ihrer Forderung nach einer hundertprozentig biologischen und artgerechten Tierhaltung. Daher stellt die Regulierung der Schlachtungsmenge lediglich einen Teil unserer Agrarpolitik dar. Die Fördermittel, die in der europäischen Union für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen, dürfen künftig ausschließlich ökologischen, kleinbäuerlichen Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird der Umbau von konventionellen hin zu ökologischen Betrieben vorangetrieben, das Tierwohl und ein Rückgang der gehaltenen Tiere zusätzlich gefördert. Durch eine Kombination aus der richtigen Verteilung von Fördermitteln zu Beginn des Produktionsprozesses und dem Einschränken der Schlachtmenge am Ende des Produktionsprozesses gelingt am Ende eine deutliche Reduktion der Fleischproduktion, die Klima, Umwelt und Tierwohl zu Gute kommt.

Begründung

Um den Inhalt, die Ziele und Hintergründe des ursprünglich sehr kurzen Antrags besser darzustellen und in unsere Beschlusslage mitaufzunehmen, haben wir einige Passagen der Begründung in umformulierter Weise nun in den eigentlichen Antragstext eingebracht. Zudem haben wir einige stilistische Umformulierungen vorgenommen und die Dimension der staatlichen Förderung ökologischer Landwirtschaft zusätzlich im Antrag verankert. Damit wird einer zu hohen Fleischproduktion nicht nur am Ende des Produktionsprozesses, sondern auch zu dessen Beginn durch entsprechende Fördermittel für eine artgerechte Tierhaltung entgegengewirkt.

V24-2316: Intervention in den Diskurs: Neoliberalismus entschieden bekämpfen!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
24.04.2018)

Antragstext

In Zeile 2239 löschen:

ab, selbst äußerst bürgerliche Reformisten ~~wie Cem Özdemir [1]~~ tun dies.

V24-2432: Intervention in den Diskurs: Neoliberalismus entschieden bekämpfen!

Antragsteller*innen: Bundesvorstand (beschlossen am:
24.04.2018)

Antragstext

In Zeile 2358 einfügen:

3. und scharf als Ideologie verurteilt.

4. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (zB Bildung, Pflege, Wohnen) entgegen zu stellen und für materielle Verbesserungen zu kämpfen.

Begründung

mündlich

V25-1161: Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*innen: Grüne Jugend Berlin Ost (beschlossen am:
20.04.2018)

Antragstext

In Zeile 2357 einfügen:

Mit dem Erstarken rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt, insbesondere in Europa
und

V25-2376: Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*innen: Johannes Brink

Titel

Ändern in:

Antifaschismus gemeinsam sind wir Demokraten Stark

Antragstext

Mit dem Erstarken rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt, insbesondere auch in Deutschland, beobachten müssen, ist die Relevanz antifaschistischen Engagements für große Teile der gesellschaftlichen Linken wieder deutlich geworden. Erfreulicherweise beteiligen sich immer mehr Menschen an verschiedenen Engagements, insbesondere zum Beispiel Demos, gegen Rechts.

Viel zu oft lässt sich der Protest und die Arbeit gegen Faschismus spalten. Für uns sind unterschiedliche Bereiche von dem Protest auf der Straße über Opferberatung bis hin zur Schaffung einer Erinnerungskultur gleichwertig. Die Teilung des Protest in "bürgerlichen" und Antifa-"Protest" hat nichts mit den Inhalten zu tun die Menschen vertreten sondern nur mit dem Grad des Aktionismus.

Aber auch inhaltlich dürfen wir Demokraten uns nicht spalten lassen in der antifaschistischen Arbeit. Konservative die sich klar antifaschistisch positionieren sind deshalb für uns genauso klare Partner wie antifaschistische Gruppen.

V25-2382: Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 2368 löschen:

Dadurch entfallen ~~drei~~ essentielle Faktoren für erfolgreichen Antifaschismus:

V25-2383: Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*innen: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand
(beschlossen am: 24.04.2018)

Antragstext

Von Zeile 2369 bis 2373:

1. Niemand wird als Faschist ~~geboren, sondern von seiner Sozialisation und den gesellschaftlichen Verhältnissen, also insbesondere zum Beispiel der sozialen Lage, dazu gemacht. Und die sind veränderbar – Antifaschismus heißt also auch, für deren Verbesserung zu wirken, insbesondere die soziale Frage zu stellen und zu beantworten.~~ in geboren, sondern von seiner*ihrer Sozialisation und den gesellschaftlichen Verhältnissen, der sozialen Lage aber auch rechten und rassistischen Kontinuitäten in der Gesellschaft dazu gemacht. Diese Verhältnisse sind veränderbar - Antifaschismus heißt für uns daher auch, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen und alle Formen von Diskriminierung aufzudecken und grundlegend zu bekämpfen.

Von Zeile 2375 bis 2401:

2. ~~sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen würde, „nicht rechts“ zu sein, wird erstens die Definition der (zurzeit bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn „rechts“ genau ist, akzeptiert – was zu Zeiten neoliberaler Hegemonie dazu führt, dass ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und offen rechter Ideologie. Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht – der Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter, sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein – das Gleichheitsideal widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und man dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene~~

~~Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf der Nationen und Ethnien gegeneinander— was an sich schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus. Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, dass eine Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als gesellschaftliches, solidarisches Wesen erkennt, dass nicht auf Kosten, sondern mit andern das eigene Glück mehren kann.~~ Während wir im kurzfristigen Kampf gegen Faschist*innen von der "gesellschaftlichen Mitte" und auch konservativen Kräften einfordern müssen, dass sie sich "gegen Rechts" positionieren und eine Grenze zu rechtsextremem Gedankengut ziehen, müssen wir langfristig konstatieren, dass das Entziehen des Nährbodens von Faschismus nur mit linker Politik funktionieren kann. Denn die aktuelle neoliberale Hegemonie in der Gesellschaft ist nicht dazu geeignet, Faschismus wirksam zu bekämpfen, im Gegenteil ist sie vielmehr Wegbereiterin des Faschismus. Konservative Kräfte, die die Autoritarisierung des Staates, die Neoliberalisierung des Sozialsystems und den Kampf gegen progressive Politik vorantreiben, tragen zum gesellschaftlichen Rechtsruck bei, weshalb wir uns ihnen klar entgegen stellen. So betrachtet der Neoliberalismus extreme ökonomische Ungleichheit als normal und propagiert die Ungleichwertigkeit von Menschen. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein - das Gleichheitsideal widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und man dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Rechte Ideologie wendet das Prinzip der Konkurrenz auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien an. Faschist*innen schaffen es außerdem immer wieder, die durch den Neoliberalismus entstandene Ungleichheit und das Gefühl von Ungerechtigkeit auf bestimmte Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, zu projizieren. Statt durch politische Veränderungen wird durch Abgrenzung nach außen und Nach-unten-treten ein Gefühl der Sicherheit und Anerkennung vermittelt. Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, das eine Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als gesellschaftliches, solidarisches Wesen erkennt, dass nicht auf Kosten, sondern mit anderen das eigene Glück mehren kann.

In Zeile 2407:

3. Einsamkeit. ~~An dieses Gefühl~~ Doch dies ist nicht nur ein Gefühl. Tatsächlich wird ja das Sozialsystem zusammengeschrumpft, Infrastruktur wird abgebaut und so eine bewusste Segregation vorangetrieben. Daran kann die Rechte anknüpfen, indem sie ein

Von Zeile 2412 bis 2413:

3. Lager, ~~die sich beide wesentlich durch die Ausgrenzung des jeweiligen Gegenübers definieren~~ von vielen als "gleichberechtigte Lager" in einem politischen Kampf gesehen werden. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen,

Begründung

erfolgt mündlich

V25-2383-2: Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 2369 einfügen:

1. Niemand wird als Faschist geboren, sondern von seiner Erziehung Sozialisation und

Von Zeile 2374 bis 2419:

2. ~~Der Gegenpol zu „politisch Rechts“ ist nicht einfach „nicht Rechts“, sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen würde, „nicht rechts“ zu sein, wird erstens die Definition der (zurzeit bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn „rechts“ genau ist, akzeptiert — was zu Zeiten neoliberaler Hegemonie dazu führt, dass ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und offen rechter Ideologie. Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht — der Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter, sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein — das Gleichheitsideal widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und man dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf der Nationen und Ethnien gegeneinander — was an sich schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus. Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, dass eine Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als gesellschaftliches, solidarisches Wesen erkennt, dass nicht *auf Kosten*, sondern *mit* andern das eigene Glück mehren kann.~~

2. Die plumpen Zuschreibungen von "Rechts" und "nicht Rechts" neigen dazu die Komplexität des Problems nicht klar zu benennen. Klare Namen für, wenn auch häufig kombiniert auftretende, eigenständige Probleme ermöglichen es Probleme überall sichtbar zu machen.

Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Homo- Bi- und Transfeindlichkeit, Sexismus und andere Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht nur ein Problem von "Rechts" sondern breit in der Gesellschaft vertreten. Dies zeigt nicht zuletzt alle zwei Jahre wieder die Mitte Studie der Friedrichs Ebert Stiftung. Das zeigt klar, dass es nicht einfach reicht "nicht Rechts" zu sein um sich dem breit vertretenen Hass entgegenzusetzen. Das klare Bekenntnis zu einer Welt in der der Mensch ein Mensch ist, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe Religion, sexualität oder Geschlecht ist der einzige Garant gegen einen sich ausbreitenden Rechtsruck in ganz Europa.

3. ~~Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass der Neoliberalismus die Natur des Menschen als gesellschaftliches Wesen unterdrückt und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb zwischeneinander propagiert. Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl der Entwurzelung, des Verlusts gesellschaftlichen Miteinanders und der Einsamkeit. An dieses Gefühl kann die Rechte anknüpfen, indem sie ein neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen eines nationalen Kollektivs verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung gegenüber anderen definiert. Wenn Antifaschismus als reine moralische Abgrenzungshaltung und gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen einfach nur zwei Lager, die sich beide wesentlich durch die Ausgrenzung des jeweiligen Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen, eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der neoliberalen Vereinzelung einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt und damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale Vereinzelung Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf muss die Utopie einer solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete Handeln muss Solidarität heißen!~~

V25-2419: Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*innen: Felix Steins

Antragstext

Nach Zeile 2419 einfügen:

Die GRÜNE JUGEND beschließt,

1. konsequent explizit linken Antifaschismus zu vertreten.
2. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf zu achten, dass Antifaschismus nicht die bloße Verteidigung des (neoliberalen) Status' Quo ist, sondern immer kämpferisch in Richtung einer besseren Gesellschaft streiten muss. Das wird deutlich, indem die GRÜNE JUGEND ihr Mitwirken an der Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der Beantwortung der sozialen Frage deutlich macht - und ihren solidarischen Gegenentwurf zum neoliberalen Status Quo propagiert und praktiziert.
3. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf zu achten, dass die gesellschaftliche Linke wieder den Diskurs bestimmen muss - was man nicht dadurch erreicht, ständig die Diskursverschiebung der Rechten zu skandalisieren (und dadurch zu akzeptieren). Sondern dadurch, die Behauptung der Rechten, DIE gesellschaftliche Alternative zu sein, durch widerständige, linke Praxis widerlegt - und die soziale Frage, die ökologische Frage immer wieder in den Vordergrund stellt.
4. In antifaschistischen Demobündnissen, Zusammenschlüssen und sonstigen politischen Kontexten daraufhin zu wirken, dass sich die Erkenntnis aus 2. und 3. durchsetzt und dementsprechend kommuniziert wird. Das heißt NICHT, die Spaltung von eher liberalen Antifaschist*innen zu betreiben, aber diesen muss sehr wohl vor Augen geführt werden, dass der neoliberale Status Quo nicht mehr tragfähig ist und sie sich langfristig zwischen der Dystopie der Rechten und einer linken, solidarischen Alternative entscheiden müssen.